

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DAS NEUE STEUERPAKET

Geschäftsstelle
Postfach 8166
3001 Bern

Tel. 031 / 25 77 85

An die Redaktionen

Bern, 8. April 1991 Tz/rm

Sehr geehrte Damen und Herren

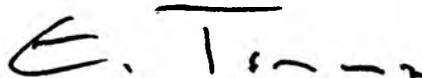
Neben verschiedenen Texten, welche wir Ihrer besonderen Aufmerksamkeit empfehlen, erhalten Sie mit unserem zweiten Pressedienst

fünf Karikaturen zur freien Verwendung.

Die Zeichnungen eignen sich sowohl für die Verbands- und Fachzeitungen wie auch für die Tageszeitungen als Füller auf den Text- und Inseratenseiten. Sollten Sie zusätzliche Abzüge brauchen, so stellen wir Ihnen diese gerne zur Verfügung.

Es freut uns, wenn Sie von unserem Angebot Gebrauch machen und wenn wir mithelfen können, die vielleicht etwas trockene politische Materie für Ihre Leser mit den Karikaturen aufzulockern.

Mit freundlichen Grüßen
SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DAS NEUE STEUERPAKET
Für den Presseausschuss:



E. Tschanz

Einladung

Am Montag, 29. April 1991,

führt das Schweizerische Aktionskomitee gegen das neue Steuerpaket eine

Pressekonferenz

durch. Diese wird um 11 Uhr im Restaurant Bürgerhaus, Neuen-
gasse 20, Bern, stattfinden.

Wir möchten die Vertreter aller Tageszeitungen und namentlich auch jene der Verbandspresse zu dieser Pressekonferenz einladen. Verschiedene Parlamentarier werden sich in Kurzreferaten über die Gründe der Ablehnung des am 2. Juni zur Abstimmung gelangenden Steuerpaketes äussern und es wird eine Dokumentation abgegeben.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE
GEGEN DAS NEUE STEUERPAKET

DIESES STEUERPAKET IST FALSCH GESCHNÜRT

Nationalrat Albrecht Rychen, SVP, Lyss, Co-Präsident des Schweizerischen Aktionskomitees gegen das neue Steuerpaket

Den Wechsel von der Warenumsatzsteuer zur Mehrwertsteuer erachte ich grundsätzlich als richtig und notwendig. Die Gründe dazu sind vielfältig (z.B. Eliminierung der "Taxe occulte"). Wir stimmen aber nicht nur einfach über den Steuerwechsel ab, sondern über ein "verschnürtes" Finanzpaket. Dieses ist aus meiner Sicht ein zu schlechter Kompromiss. Nachfolgend ein paar Gründe für meine kritische Haltung:

1. Mehr Steuern. Die offiziellen Zahlen besagen, dass unter dem Strich die neue Finanzordnung dem Bund etwa 100 Mio Franken Mehreinnahmen bringt. Das ist an sich nicht viel. Entscheidend ist aber, dass nach fünf Jahren der tiefere MWSt-Satz für das Gastgewerbe wegfallen, und somit die gesamten Mehreinnahmen weit über 400 Mio ausmachen werden. Warum belastet man den Systemwechsel erneut mit versteckten Steuererhöhungen?
2. Fehlende Befristung. Der Antrag aus der SVP-Fraktion zur Befristung der Vorlage (z.B. bis ins Jahr 2006) wurde verworfen. Dies ist sehr bedauerlich, denn nur eine Befristung garantiert eine grundsätzliche Neubeurteilung nach etwa einem Dutzend Jahre.
3. Direkte Bundessteuer senken! Immer wieder wird im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer auf die EG verwiesen. Dabei wird aber meist nicht erwähnt, dass in den EG-Staaten die direkten Steuern relativ niedrig und die indirekten relativ hoch (12 % bis 20 %) sind. Eine Senkung der direkten Steuern muss auch für unser Land ein Ziel sein. Anträge aus der SVP-Fraktion zur Senkung

der direkten Bundessteuer wurden abgelehnt. Mit der neuen Finanzordnung wird der Verbrauch von Einkommen stärker belastet. Folgerichtig wäre demnach eine Entlastung des erarbeiteten Einkommens.

4. Und die Kleingewerbler? Mit der Einführung der MWSt werden rund 75 000 Unternehmungen neu steuerpflichtig. An sich ist es konsequent, wenn auch die Dienstleistungsbranche einbezogen wird. Der politische Wille zur Entlastung der kleinen Gewerbler und Unternehmen quer durch alle Branchen war leider nicht vorhanden. Auch hier wurde ein entsprechender Vorschlag der SVP abgelehnt. Übrigens: Die MWSt benötigt etwa 150 bis 180 Bundesbeamte mehr als die WUST... Beim Kompromiss rund um die Bundesfinanz-Ordnung liessen sich die Bürgerlichen von der SP zu fest vereinnahmen. Zu Recht hat eine starke Minderheit der SVP-Fraktion nein gesagt oder sich der Stimme enthalten.

DER MILLIARDENÜBERSCHUSS DES BUNDES UND DAS NEUE STEUERPAKET

Zum sechsten Male seit 1986 hat die Staatsrechnung der Eidgenossenschaft mit einem Überschuss von mehr als einer Milliarde Franken abgeschlossen. So erfreulich diese Tatsache an sich sein mag, zeigt sie doch mit penetranter Deutlichkeit, dass im Eidgenössischen Finanzdepartement entweder nicht richtig budgetiert oder jeweils bewusst in Zweckpessimismus gemacht wird. Dem kommt nun aber im Zusammenhang mit der zur Diskussion stehenden neuen Bundesfinanzordnung wesentliche Bedeutung zu. So wird beispielsweise von den Verantwortlichen im Finanzdepartement gegenwärtig behauptet, die neue Finanzordnung werde ertragsneutral sein und höchstens 110 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen bringen. Nun sind in der Staatsrechnung 1990 allein bei der Warenumsatzsteuer 221 Millionen Franken mehr als budgetiert eingenommen worden. Im ganzen wurden sage und schreibe 902 Mio Franken mehr eingenommen als budgetiert.

Unter diesen Voraussetzungen muss die Bagatellisierung der höheren Steuerbelastung, welche die Steuerzahler bei Annahme des Finanzpaketes zu entrichten hätten, als echter Affront bezeichnet werden. Die Finanzstrategen dürften sich - vermutlich nicht ganz per Zufall - beim Aufsetzen der aus dem neuen Finanzpaket zu erwartenden Einnahmehzahlen noch mehr zu Gunsten der Bundeskasse verrechnet haben, als bei der vorliegenden Staatsrechnung.

Es muss deshalb allen Steuerzahlern empfohlen werden, der neuen Finanzordnung nicht nur mit Misstrauen zu begegnen, sondern diese Vorlage am 2. Juni abzulehnen.

LEBENSVERSICHERER GEGEN DAS STEUERPAKET

Die Lebensversicherer lehnen angesichts der besonderen abstimmungstaktischen Situation, trotz der im Prinzip positiven Haltung zur Mehrwertsteuer, das "Gesamtpaket" der neuen Bundesfinanzordnung ab. Nach wie vor betrachtet die Schweizerische Vereinigung privater Lebensversicherer (VPL) mit der Mehrwertsteuer gekoppelte neue Belastung der Lebensversicherungsprämien durch die Stempelsteuer von 2,5 % als ungerechtfertigten Raubzug auf das Portemonnaie ihrer Kunden.

Im Interesse der Versicherungsnehmer müssen daher die Lebensversicherer gezwungenermassen das gesamte Steuerpaket zurückweisen: In einem wohl geschickt inszenierten, jedoch wenig eleganten Politmanöver ist nämlich das Schicksal des Gesetzes über die Stempelsteuer mit dem Verfassungsartikel für den an und für sich erwünschten Übergang zur Mehrwertsteuer untrennbar verquickt worden.

Der Argumentation der Lebensversicherer, die nicht zuletzt auf die Unvereinbarkeit der neuen Fiskalabgabe mit der von der EG konsequent eingeleiteten Abschaffung von Rechtsverkehrssteuern in Europa hinwies, hat sich das Parlament mehrheitlich verschlossen. Auch Kompromissanträgen wurde die Zustimmung verweigert.

Nicht vernünftig erscheint die Wiedereinführung der 1973 abgeschafften Stempelsteuer umso mehr, als dieses Fiskalsystem als nachgewiesenermassen verfassungswidrig, unsozial, rechtsungleich und wettbewerbsverzerrend erkannt worden war. Dass Versicherte, die eigenverantwortlich für ihre Vorsorge Prämien bezahlen, für die Kompensation anderer Bundessteuerzufälle mit jährlich über 100 Mio. Franken belastet werden sollen, widerspricht jeder politischen Vernunft. Ganz abgesehen davon, dass mit dieser neuen Massnahme das Versicherungssparen gegenüber anderen Sparformen erheblich benachteiligt würde.

Aus der Zeitschrift
POLITIK UND WIRTSCHAFT"

Unter dem Titel "Elegante Wendung" konnte man in der Nr. 4/91 des Magazins "Politik und Wirtschaft" folgendes lesen:

"Mitunter geht der Schweizer Finanzminister Otto Stich verschlungene Wege: 1977 kämpfte er als SP-Nationalrat für die erste Mehrwertsteuer-Vorlage - 1979, beim zweiten Anlauf, sprang er dann vom fahrenden Zug. Als das Parlament die Mehrwertsteuer-Idee erneut aufs Tapet brachte, widersetzte er sich ihr mit der ihm eigenen Sturheit. Doch die eidgenössischen Räte zwangen ihm den Systemwechsel auf - und siehe da: Bundesrat Otto Stich nimmt die Kurve elegant und ohne Soupçon. Kompetent rührt er nun die Werbetrommel für das Findelkind, das am 2. Juni zur Abstimmungstaupe kommt. Um Worte ist er nicht verlegen: Er habe die Mehrwertsteuer nur deshalb nicht lanciert, weil das Parlament seine Vorlagen ohnehin immer bekämpfe. Eine gute Ausrede ist einen Batzen wert - erst recht, wenn sie vom Finanzminister stammt.

*

(Auch diese Zickzackpolitik von Bundesrat Stich zeigt, dass mit dem neuen Steuerpaket einfach etwas nicht stimmen kann!

Tz)